FAUSTO PODAVINI

FOTO-TABLEAU

Vom Fortschritt überrollt 2/5

Wuchtig setzt Fausto Podavini den Gilgel-Gibe-III-Staudamm in Szene. Mit 240 Metern Höhe ist er eine der grössten Anlagen dieser Art in Afrika, und Äthiopien verspricht sich viel von ihm: Elektrizität nicht nur für die eigene Bevölkerung, sondern auch für den Export nach Kenya, Djibouti und in den Sudan, dazu eine Regulierung des Wasserstands im Unterlauf des Omo-Flusses. So will man einerseits Überschwemmungen verhindern, anderseits Bewässerungsanlagen speisen. Anlagen, die allerdings nicht den indigenen Völkern des für seine ethnische Diversität bekannten Flusstals zugutekommen werden, sondern grossen, von ausländischen Firmen betriebenen Monokulturen, denen die Weidegründe und Felder der Einheimischen weichen müssen. Bedroht ist auch die Existenz der kenyanischen Fischer am Turkana-See, in den der Omo mündet; hydrologische Studien sagen ein Absinken des Wasserpegels um bis zu zehn Meter und eine noch stärkere Versalzung des brackigen Gewässers voraus. Aber die grossen Entwicklungsprojekte sind das Ass im Ärmel der Regierung: Sie holen Investoren ins Land und generierten in den letzten zehn Jahren Wachstumsraten von 8 bis 11,4 Prozent.

Schädlingsbekämpfung

Die Pflanzen schlauer schützen

Gastkommentar
von ROBERT FINGER

Wir müssen die Umwelt- und Gesundheitsrisiken von Pflanzenschutzmitteln senken. Totalverbote sind aber das falsche Mittel, gefragt ist vielmehr ein intelligenter Pflanzenschutz.

Glyphosat, Neonicotinoide und Trinkwasserinitiative – über den Verzicht auf Pflanzenschutzmittel wird derzeit intensiv diskutiert. Einerseits kommt unser Ernährungssystem ohne Pflanzenschutz nicht aus, gerade Pflanzenschutzmittel bergen aber andererseits unbestrittene Risiken für Mensch und Umwelt.

Verbote wichtiger Pflanzenschutzmittel stehen denn auch im Zentrum der Debatte. Die EU hat Ende April 2018 drei häufige Neonicotinoide für die Anwendung im Freiland untersagt, da diese Insektengifte nicht nur auf Schädlinge, sondern auch auf Nützlinge wie Bienen wirken. Auf der politischen Agenda steht zudem ein mögliches Verbot des Totalherbizids Glyphosat, des am häufigsten eingesetzten Pflanzenschutzmittels der Welt.

Noch weiter gehen zwei aktuelle Volksinitiativen in der Schweiz. Die Initiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung» will Subventionen nur an landwirtschaftliche Betriebe zahlen, die – unter anderem – keine Pflanzenschutzmittel einsetzen. Derweil möchte die Initiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» den Einsatz jeglicher (synthetischer) Pestizide generell verbieten.

Auch die Privatwirtschaft ist eine Treiberin für Verbote und Einschränkungen. «Glyphosatfreie» Milch in Deutschland und «rückstandfreies» Obst und Gemüse («zéro résidu de pesticides») aus Frankreich: Der Verzicht auf Pflanzenschutzmittel wird immer mehr zum Marketingargument.

Das Ziel, die durch Pflanzenschutzmittel hervorgerufenen Risiken für Mensch und Umwelt deutlich zu reduzieren, halte ich für richtig und alternativlos. Verbote und Restriktionen sind aber nicht immer zielführend, denn sie können unerwünschte Nebeneffekte haben.

So kann ein Verbot eines spezifischen Mittels den Einsatz noch toxischerer Produkte begünstigen. Andere Umweltziele könnten beeinträchtigt werden und die Kosten des Pflanzenschutzes steigen.

Quantität und Qualität von Nahrungsmitteln könnten sinken und die Preise steigen. Denkbar ist auch, dass Obst- und Gemüseproduktion verstärkt unter Netzen und Folien stattfinden und so unsere Landschaften merklich verändern könnten.

Um Entscheidungsgrundlagen für Politik und Wirtschaft zu schaffen, müssen wir sämtliche Zielkonflikte betrachten und quantifizieren. Wie eine Landwirtschaft mit weniger Pflanzenschutzmitteln aussähe, ist nämlich nicht ausreichend bekannt.

Gegenwärt ig untersuchen wir zum Beispiel, wie sich ein Verzicht auf Glyphosat oder auf alle Herbizide für ausgewählte Ackerkulturen auswirken könnte. Dabei bilden wir in bioökonomischen Modellen sowohl Unkrautdruck und Bekämpfungsstrategien als auch die Entscheidungen der Landwirte ab.

So simulieren wir, wie Landwirte reagieren, wenn sich biophysikalische, ökonomische oder rechtliche Rahmenbedingungen ändern.

Wir konnten zeigen, dass der Verzicht auf Glyphosat im Maisanbau zwar die Bodenbearbeitung intensiviert, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln aber insgesamt senkt. Dabei erhöhen sich die Kosten für den Landwirt im Mittel nur geringfügig. Das heisst im Umkehrschluss, dass höhere Preise für Glyphosat dessen Einsatz verringern könnten. Die Alternative – eine intensivere Bodenbearbeitung im Fall des Verbots – würde hingegen den Energieaufwand, die Bodenerosion und den CO_2-Ausstoss der Landwirtschaft erhöhen.

Für mich steht zudem fest: Wir brauchen neue Wege, um Risiken des Pflanzenschutzmitteleinsatzes zu reduzieren, ohne andere Leistungen des Sektors zu gefährden. Die Digitalisierung der Landwirtschaft wird hier eine entscheidende Rolle spielen. Autonome Roboter und Drohnen können Unkräuter, Schädlinge oder Krankheiten erkennen und bekämpfen und so Pflanzenschutzmittel drastisch reduzieren oder komplett ersetzen.

Die Landwirtschaft von morgen muss zudem präventive Massnahmen in Form biologischer und mechanischer Bekämpfungsstrategien stärken. Nicht zuletzt kann auch die Züchtung resistenter Sorten massgeblich zum Schutz der Kulturen beitragen.

Diese Ansätze gilt es meiner Ansicht nach zu fördern. Es braucht darüber hinaus aber auch ökonomische Instrumente, um die landwirtschaftliche Produktion nachhaltiger zu gestalten. Statt Wirkstoffe zu verbieten, sollten die durch Pflanzenschutzmittel hervorgerufenen externen Effekte internalisiert werden: Zum Beispiel könnte eine Lenkungsabgabe Anreize schaffen, schädliche Pflanzenschutzmittel durch weniger riskante Produkte oder nicht chemische Strategien zu ersetzen.

Robert Finger ist Professor für Agrarökonomie und Agrarpolitik an der ETH Zürich.

Nachhaltige öffentliche Beschaffung

Chinas Seidenstrasse und die Schweiz

Gastkommentar
von PETER SEELE, MARC STEINER und MATTHIAS STÜRMER

Etwas Grosses rollt heran: Seit vielen Jahren arbeitet die chinesische Regierung an dem weltumspannenden Infrastrukturprojekt der neuen Seidenstrasse (Belt and Road Initiative). Diese neueste Welle der Globalisierung – nicht zu amerikanischen, sondern zu chinesischen Bedingungen – wird die europäischen Volkswirtschaften mitsamt der Schweiz erreichen. Auch wenn die Zeichen der Zeit mehr als auch schon auf Abschottung und Protektionismus stehen, so scheint es gleichwohl angezeigt, sich Gedanken über die Wettbewerbsfähigkeit von bildungsintensiven, technologisch befeuerten Volkswirtschaften zu machen – und die mögliche Rolle des Staates darin.

Das Investitionsvolumen der neuen Seidenstrasse beläuft sich auf rund 1000 Milliarden US-Dollar. Damit werden Strassen, Schienen und Häfen in Asien, Afrika und Europa miteinander verbunden, um Handels-, Zuliefer- und Wertschöpfungsketten unter dem Zepter der chinesischen Regierung zu optimieren – explizit auch zur Förderung der ökologischen Nachhaltigkeit.

Diese neue Seidenstrasse ermöglicht eine neue Diskussion zur Rolle der Schweiz im globalen Wettbewerb. Die Geschichte der Globalisierung lässt sich mit Blick auf die Schweiz im Prinzip in drei Phasen unterteilen: Phase 1 war die frühe Phase eines eher auf Abschottung und Protektionismus ausgerichteten Wirtschaftssystems, das durch die Souveränität und Eigengesetzlichkeit eine prosperierende Insel des milden regulatorischen und fiskalischen Klimas geschaffen hatte.

In Phase 2 zeigte sich (und zeigt sich noch) ein Preiswettbewerb mit negativen Effekten für Gesellschaft und Umwelt.

Als Reaktion darauf wurde Phase 3 eingeläutet, die sich ansatzweise im revidierten WTO-Government-Procurement-Agreement (GPA) und ausgeprägt in den EU-Vergaberichtlinien niedergeschlagen hat: die Neudefinition der Rahmenbedingungen und der Vergabekultur weg vom Preis- und hin zum Qualitätswettbewerb.

Die Themen Qualität, Innovation und soziale wie ökologische Nachhaltigkeit sind heute im Fokus. Qualitätswettbewerb ist diejenige Form von Wettbewerb, welche die Kollateraleffekte des Preiswettbewerbs auf dem Anbietermarkt und in der Gesellschaft mitberücksichtigt. Oder aus juristischer Perspektive: Qualität, Innovation und soziale sowie ökologische Nachhaltigkeit sind heute im Fokus: Die Kohärenz der Rechts- und Werteordnung unter Vermeidung von Reputationsrisiken wird neben der Wettbewerbszielsetzung zu einem weiteren Leitgedanken. Der Markt der öffentlichen Nachfrage eignet sich dabei in idealer Weise, den Übergang vom Preis- zum Qualitätswettbewerb zu gestalten.

Das jährliche Volumen des öffentlichen Beschaffungssektors ist beträchtlich: Allein in der Schweiz werden jedes Jahr Waren und Dienstleistungen von über 40 Milliarden Franken beschafft, weltweit schätzt die Weltbank ein Volumen von 9,7 Billionen Dollar. Der Zuschlag richtet sich heute nach dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis. Die Gesetzgebung ermöglicht es aber gut informierten Beschaffungsprofis schon heute, qualitative Nachhaltigkeit mitzuberücksichtigen. Wenn alles gut läuft, wird ausserdem aufbauend auf dem Government Procurement Agreement (GPA 2012) und inspiriert durch das auf Nachhaltigkeit getrimmte EU-Richtlinienrecht auch das schweizerische Vergaberecht so geändert, dass die Nachhaltigkeit als eine der Zielsetzungen der öffentlichen Beschaffung verankert wird. Damit besteht die Chance, den staatlichen Einkauf als wichtigen Hebel zum Erreichen von Nachhaltigkeitszielen (Pariser Klimaabkommen, Sustainable Development Goals der Uno und Energiestrategie 2050) zu nutzen.

Wichtige Wirtschaftsverbände unterstützen diese Stossrichtung, weil ihnen der Qualitätswettbewerb besser dient als der Preiswettbewerb. Qualitätswettbewerb führt auch zu mehr Innovation, die unseren Wirtschaftsstandort fit macht für die Herausforderungen der Zukunft.

Gerade Länder wie die Schweiz, deren Volkswirtschaften auf einem starken Fundament von qualitativ hochstehenden KMU stehen, sind nun von der Seidenstrasse auf neue Weise herausgefordert. Wenn sich die Belt and Road Initiative wie vorhergesehen und trotz zaghaften Steuerungsversuchen der EU im Wesentlichen im chinesischen Sinne ausbreitet, dann wird der Wettbewerb im schlechtesten Fall auf Kosten der Qualität erfolgen, wie sie in Europa jetzt als Ziel definiert wird. Ein mögliches Instrument der Bewahrung der Wettbewerbsfähigkeit im Sinne des Qualitätswettbewerbs könnte dabei das Instrument der öffentlichen Beschaffung sein.

Peter Seele ist Professor für Wirtschaftsethik an der USI Lugano; **Marc Steiner** ist Bundesverwaltungsrichter in St. Gallen; **Matthias Stürmer** ist Leiter der Forschungsstelle Digitale Nachhaltigkeit der Universität Bern. Peter Seele und Matthias Stürmer leiten zudem das Nationalfondsprojekt «Sustainable Public Procurement».